

27. September 2011

www.kas.de/moskauwww.kas.de

Die Machtfrage ist geklärt

PUTIN UND MEDWEDEW WOLLEN PLÄTZE TAUSCHEN

Auf dem Parteitag der Regierungspartei „Einiges Russland“ (ER) beendete der jetzige russische Präsident Dmitrij Medwedew jede weitere Spekulation um die weitere Führungsfrage und schlug Ministerpräsident Wladimir Putin vor mehr als 10.000 Anhängern im Luschniki Sportpalast als Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen im März 2012 vor.

Putin hatte wenige Minuten zuvor der Partei empfohlen, mit Medwedew als Spitzenkandidat in die Dumawahlen am 4. Dezember zu gehen. Nach der Rede Medwedews sprach erneut Putin, nahm den Vorschlag Medwedews an mit den Worten, dies sei „eine große Ehre“, und stellte in einer knapp einstündigen Ansprache die wirtschaftlichen und sozialen Eckpunkte seines Wahlprogramms vor. Die angekündigte Rochade beendet damit die Unsicherheit über die politische Zukunft des Landes, die sich in den letzten Monaten bemerkbar machte. Die Spekulationen über einen Machtwechsel oder das Fortführen der bisherigen Machtkonstellation waren vor allem durch das Experiment des Präsidialamtes geprägt, das Land mit einer gesteuerten politischen liberalen Partei weiter zu öffnen. Das Thema der Modernisierung Russlands ist Medwedew zugeordnet, der sich neben wirtschaftlichen auch für politische Reformen aussprach. Im Juni dieses Jahres noch sprachen sich hohe Führungspersonen im Präsidialamt für eine weitere politische Öffnung aus, weil erkannt wurde, dass eine wachsende Zahl von mittelständischen Russen sich nicht mehr von der herrschenden Klasse repräsentiert fühlten. Eine unternehmerfreundliche und dem Mittelstand zugewandte Partei sollte diese Stimmen auffangen. Die Ernennung des Oli-

garchen Michael Prochorow als Parteichef von Prawoe Delo sollte dazu dienen.

Grund für diese Einsicht im Präsidialamt waren unter anderem die deutlich schlechteren Umfragewerte für ER, die im Gegensatz zur letzten Dumawahl vor vier Jahren von 64,30 Prozent auf 43 Prozent fielen. Die Schwächung der Partei ER stellte eine Gefahr für den Machterhalt Putins dar. Eine erste Maßnahme war die Schaffung Putins einer „All-nationalen Volksfront“, die apolitische Kräfte für die Dumawahlen am 4. Dezember 2011 gewinnen sollte, um so die Schwächung der eigenen Partei zu kaschieren. Eine weitere Maßnahme war die Ernennung Prochorows als Parteichef von Prawoe Delo, der gerade diejenigen mittelständischen Wähler mobilisieren sollte, die mit dem aktuellen System des wachsenden Machtmissbrauchs, der Ineffizienz und Korruption unzufrieden sind.

Prochorow selber plante, 100 Millionen Dollar aus dem eigenen Vermögen in den Wahlkampf zu investieren. Unbeliebt in Kremlkreisen machte er sich allerdings, als er kremlkritische Leute in sein Schattenkabinett berief, sich als nicht vom Kreml kontrollierbar erwies und mit seinem nicht nur liberalen Wahlprogramm der Regierungspartei Stimmen abzunehmen drohte, woraufhin der Kreml die Notbremse zog und die Absetzung Prochorows als Parteichef von Prawoe Delo in die Wege leitete. Die im letzten Jahrzehnt entstandene neue Mittelklasse wäre eine potentielle Wählerschaft gewesen, die letztendlich bei 7-10 Prozent liegt, die Prawoe Delo bei den Dumawahlen im Dezember hätte gewinnen und damit zu einer ernst zu nehmenden Kraft im Parlament werden können.

27. September 2011

www.kas.de/moskau

www.kas.de

Perspektive auf politische Veränderungen gering

Wladimir Putin steht aus Sicht vieler Russen nach wie vor als derjenige dar, der das Land nach den 1990er Jahren und der Finanzkrise 1998, bei der viele einfache Leute ihr Geld verloren, wieder stabilisierte und den jetzigen Wohlstand mit der Neuorientierung von einer sich im Zerfall zu befindlichen Industrialisation zu einer auf Rohstoffe basierenden Exportnation ermöglichte. Dies sieht auch ein Großteil der russischen Bevölkerung nach wie vor so, weshalb an der Wiederwahl Putins im März 2012 in das Präsidentenamt keine Zweifel bestehen.

Allerdings wird damit für viele westlich orientierte und aufgeklärte Russen die Perspektive auf eine weitere Modernisierung des Landes geschmälert, da mit Putin die alte, noch zum Teil aus Geheimdienstkreisen bestehende Machtgarde praktisch ohne funktionierende Kontrolle herrschen wird und sich fast zur absoluten Macht auf die nächsten 12 Jahre verfestigen würde, unter deren Führung voraussichtlich wenig politische Alternativen möglich wären. Dies belegt auch ein Kommentar des Wirtschaftsberaters von Präsident Medwedew, Alexandr Dvorkowitsch, der gleich nach der Ankündigung Putins, ins Präsidentenamt zurückzukehren, twitterte, dass „es nichts gebe, worüber man glücklich sein könnte“ und man jetzt „auf den Sportkanal umstellen“ könnte.

Er bringt damit auch die Stimmung derjenigen Bevölkerung zum Ausdruck, die nicht mehr so euphorisch auf Putin und ER reagiert wie vor vier Jahren, was aber nicht so sehr an der wirtschaftlichen Entwicklung sondern vielmehr am Fehlen eines politischen Pluralismus liegt. Die Erwartungshaltung in der Bevölkerung ist eine andere als vor 11 Jahren. Damals ging es um Sicherheit, Stabilität, wirtschaftliches Wachstum. Nachdem dies nun vorhanden ist, fordern große Teile der Bevölkerung nun mehr Rechte und Gerechtigkeit vom Staat ein. ER ist in den letzten Jahren zum Ausdruck einer Politbürokratie geworden, mit der sich immer weniger Russen identifizieren können. Daher besteht die Gefahr, dass die Verken-

nung einer solchen Entwicklung und die Verhinderung einer zumindest teilweisen Öffnung des Ventils für eine weitere Modernisierung sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich die Frustration in Teilen der Bevölkerung anwachsen lassen könnte. Dennoch bleibt abzuwarten, welche Regierung unter Medwedew möglicherweise aufgestellt wird und ob die Modernisierungspläne unter einem Regierungschef Medwedew weitergeführt werden, so wie es Putin beim Parteitag forderte. Medwedew hatte daraufhin geantwortet, dass er mit einer rundum erneuerten Regierungsmannschaft dies auch vorhabe. Eine Hoffnung auf Veränderungen bleibt damit bestehen, auch wenn der jetzige Finanzminister Alexeij Kudrin, der allgemein für die wirtschaftliche Stabilität im Land verantwortlich ist und selber Ambitionen für das Amt des Ministerpräsidenten hegte, brüsk aus Washington vom Finanzgipfel konterte, er würde in einer Regierung Medwedew nicht mehr Finanzminister sein.

Die Kapitalflucht, die in den letzten Monaten aufgrund der politischen Unsicherheit über die weitere Zukunft stattfand und die jetzt erst einmal sich stabilisieren könnte, könnte mit einem Weggang Kudrins erneut zunehmen. Bei einer im Ton außergewöhnlich scharfen Videokonferenz zwischen Medwedew und Kudrin legte Medwedew dem Finanzminister nahe, zurückzutreten, falls dieser nicht mit Medwedew in einer zukünftigen Regierung zusammenarbeiten wolle, woraufhin Kudrin um seinen Rücktritt noch in derselben Videokonferenz bat.

Obwohl Medwedew in seiner Rede auf dem Parteitag am Samstag bekannt gab, dass der Machtwechsel schon lange Zeit zwischen ihm und Putin so geplant war, und die Verfassungsänderung, die Medwedew in seinem ersten Amtsjahr durchführte und die Amtszeit des Präsidenten von derzeit vier auf sechs Jahre erhöhte, darauf schließen lässt, dass Medwedew nur als Platzhalter diene, bis Putin als Präsident zurückkehrte, sorgten die Kommentare von Medwedew-Berater Dworkowitsch sowie von Igor Jürgens, dem Vorsitzenden des Medwedew nahestehenden Think Tanks INSOR, der kurz vor dem Parteitag noch davon ausging, dass

27. September 2011

www.kas.de/moskau

www.kas.de

Medwedew wieder als Präsident kandidieren würde, dass diese Entscheidung erst kurzfristig gefallen sein dürfte. Dass nur ein sehr kleiner Kreis in diese Entscheidung überhaupt eingebunden war, las man auch von den verdutzten Gesichtern von einigen Abgeordneten von ER bei der Rede Medwedews auf dem Parteitag ab, als dieser Putin als Präsidentschaftskandidaten vorschlug.

Gründe für den Machtwechsel

Es gibt mehrere mögliche Gründe für diesen Machtwechsel. Viele Beobachter waren sich sicher, dass der Präsidentschaftskandidat erst nach der Wahl bekannt gegeben würde, da sie damit rechneten, dass bei einem guten Wahlergebnis das Tandem in der jetzigen Konstellation bestehen bliebe und nur bei einem Misserfolg der Partei ER Putin gezwungenermaßen ins Präsidentenamt zurückkehren würde. Die schlechten Umfragewerte für ER und die seit Jahresbeginn sinkende Popularität des Präsidenten Medwedew, der es nicht vermochte, während seiner Amtszeit eine eigene Machtbasis zu etablieren, haben wahrscheinlich die Parteistrategen veranlasst, dem vorzugreifen und mit der jetzt verkündeten Rochade Medwedew favorisierende Wähler für die Partei zu mobilisieren und Putin ein starkes Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen zu garantieren. Dies würde auch erklären, dass Putin den Parteivorsitz laut Aussage seines Pressesprechers Dmitrij Peskov trotz Präsidentschaftskandidatur nicht abgeben würde. Ein weiterer Grund für den Wechsel an der Spitze könnte auch in der Persönlichkeit Putins und dessen Machttrieb liegen. Wäre er Ministerpräsident geblieben, hätte Medwedew als Präsident seine Machtbasis erweitern und Veränderungen durchführen können. Putin wäre die Zeit davongelaufen, und daher war der jetzige Zeitpunkt der einzige, ins Präsidentenamt zurückzukehren. Drittens hat Putin diese Entscheidung auch sicher nicht gänzlich alleine getragen. Einer Elite aus dem mächtigen Bürokraten- und Geheimdienstzirkel, die im von Putin geprägten System reich geworden ist, dürfte auch an einem Wiedereinzug ins Präsidialamt gelegen sein, da eine weitere Amtszeit Medwedews deren Einfluss hätte mindern können.

Folglich gab es hinter den Kulissen auch einen Machtkampf zwischen dem Lager von Putin und dem von Medwedew, der nur selten an die Öffentlichkeit kam. Dies wurde aber dadurch deutlich, dass es innerhalb der Partei ER selbst Schwierigkeiten unter Funktionären gab, auf dem Parteitag zu erklären, warum der Wechsel des Tandems gut für das Land sei. Putin selber, nachdem er auf dem Parteitag den Vorschlag Medwedews, als Präsidentschaftskandidat von ER aufgestellt zu werden annahm, in dem er dies als eine „große Ehre“ bezeichnete, stellte in einer gut einstündigen Rede schon einmal sein ehrgeiziges Wahlprogramm vor, das gleich danach von den Delegierten als offizielles Wahlprogramm übernommen wurde.

Darin geht es vordergründig um wirtschaftliche und soziale Themen. Putin strebe ein Wachstum von 6-7 Prozent an (derzeit 4,1), um in den nächsten Jahren zu den fünf stärksten Wirtschaftsnationen der Welt aufzuschließen, eine Vermögenssteuer für Reiche, ein knapp 40 Milliarden Dollar teures Programm zur Förderung der Familien und zur Erhöhung der allgemeinen Lebenszeit, sowie die Schaffung von 20 Millionen neuer Arbeitsplätze in den nächsten 20 Jahren. Gleichzeitig betonte Putin, dass man „nicht nur Honig in den Tee gießen“ könne, sondern auch mal „bittere Medizin“ dem Volk verabreichen müsse, sprich dass es zu Kürzungen im Sozialwesen kommen könnte.

Der Wechsel selber ist verfassungskonform, auch wenn er einen fast schon dreisten Akt des Machtwechsels bedeutet. Putin war 2008 nach zwei Amtszeiten als Staatspräsident nicht noch einmal angetreten, da die Verfassung vorsieht, dass der Präsident nur zwei aufeinanderfolgende Mandate tragen darf. Die Wahl 2008 Medwedews zum Präsidenten und Putins zum Ministerpräsidenten erlaubt Putin jetzt wieder, erneut für maximal zwei Amtszeiten ins Präsidentenamt zurückzukehren, was bedeuten würde, dass Putin durchaus bis 2024 Staatspräsident Russlands sein könnte. Das politische System in Russland beinhaltet aber keine „balance of power“ oder Gegengewicht, das dagegenhalten könnte. Veränderungen werden von oben verordnet, so auch bei der Partei ER selber. Knapp die Hälfte der Ab-

27. September 2011

www.kas.de/moskau
www.kas.de

geordneten (170 von 314) werden nicht wieder aufgestellt. Bis zum Parteitag war es geheim, wer von den Abgeordneten wieder auf die Parteiliste für die Dumawahlen im Dezember gesetzt wurde und wer nicht.

Es stellt sich allerdings die Frage, wie der Wechsel des Tandems verfassungsrechtlich ablaufen soll, denn wenn der jetzige Präsident Medwedew als Spitzenkandidat für ER am 4. Dezember ins Rennen geht und möglicherweise von ER mit der Regierungsbildung beauftragt wird, der jetzige Ministerpräsident Putin aber erst im März 2012 als Präsidentschaftskandidat kandidiert, müsste der Wechsel bereits nach den Dumawahlen vonstatten gehen, da keiner der beiden beide Positionen zur selben Zeit innehaben könnte. Ein mögliches Szenario wäre dann, dass Dmitrij Medwedew nach den Dumawahlen von ER zum Ministerpräsidenten gewählt wird und gleichzeitig von seinem Amt als Staatspräsident zurücktritt. In diesem Falle würde, wie von der Verfassung vorgesehen, der Ministerpräsident automatisch die Rolle des Staatspräsidenten übernehmen. Wladimir Putin könnte so schon bereits im Dezember kommissarisch das oberste politische Amt bekleiden und sich im März vom Volk dann wiederwählen lassen. Ein weiteres Szenario wäre, dass die Regierungsbildung auf die Zeit nach den Präsidentschaftswahlen verschoben wird, was verfassungsrechtliche Probleme aufwerfen könnte. Eine klare Aussage hierzu steht noch aus.

Außenpolitische Perspektive

Im Westen muss man sich darauf einstellen, dass mit Putin und einer auf Putin ausgerechneten Administration für die nächsten sechs Jahre und möglicherweise sogar bis 2024 zu rechnen hat. Selbst wenn Dmitrij Medwedew mit einer verjüngten Regierungsmannschaft antritt, wird die Macht komplett bei Wladimir Putin liegen. Dies hat aber im Wesentlichen keine großen Veränderungen für die Beziehungen Russlands zu seinen ausländischen Partnern. Grundsätzlich wird sich das Verhältnis zu den USA nicht ändern, der Weg der Annäherung wird auch unter einem Staatspräsidenten Putin fortgesetzt, wenngleich Putin eine kühlere

Note gegenüber Obama anschlagen könnte. In Europa wird Deutschland noch mehr in den Fokus rücken, da Putin traditionell ein enges Verhältnis zu Deutschland hat und Wert auf weitere sehr gute Beziehungen legen wird. Während seiner gesamten bisherigen Zeit als Präsident und Regierungschef kamen den deutsch-russischen Beziehungen eine bevorzugte Rolle zu, was auch von vielen deutschen Unternehmen in Russland so gesehen wird.